

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/06/2016

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 18.07.2016,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Christian Conring
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dustin Holzmann
Herr Tobias Koch
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Frau Claudia Rathje
Herr Achim Reuber
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Frau Martina Strunk
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger

bis TOP 12 tlw.

ab TOP 9

ab TOP 4

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Reinhard Hampel

Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Bürgermeister

Herr Thomas Reich

Herr Heinz Baade

Frau Heike Gielnik

bis TOP 12

Herr Felix Prochnow

Referendar

Herr Mathias Horsch

Veranstaltungstechnik

Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase

Herr Heino Wriggers

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2016 vom 27.06.2016
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 13/2016
 - 7.2.2. Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben
 - 7.2.3. Diverse Baumaßnahmen
8. Fristverlängerung Kaufvertrag Lindenhof **2016/083**
9. Ehrung eines Bürgerlichen Mitgliedes
10. Vergabe eines Straßennamens für die Planstraße C im Gebiet Bebauungsplan Nr. 88 **2015/034/4**
 - Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd
11. Durchführung eines Oktoberfestes in den Jahren 2017 bis 2019 **2016/053**
 - Grundsatzbeschluss
12. Aufstellung von Schulungscontainern auf dem Grundstück der Volkshochschule - Mehraufwand gem. § 95 d GO SH **2016/078**
13. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum Wohnbestand in Ahrensburg **AF/2016/008**

14. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen "Kündigung der Gestat-
tungsverträge Nahwärmeversorgung Bogenstraße und Gar-
tenholz" (AN 045/2016)

15. Kündigung Nahwärmegestattungsvertrag Garten- **2016/042**
holz/Bogenstraße

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2016 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

„Erwerb einer Ackerfläche in Großhansdorf von der WAS (5,658 ha) und Tausch dieser Fläche mit einer identisch großen Fläche der Gemarkung Bünningstedt. Diese auf Ammersbeker Gebiet liegende Fläche wird für Ausgleichszwecke übernommen.“

4. Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Martina Moede, Ahrensburg, hat in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2016 verschiedene Fragen betreffend u. a. den Zutritt zu Räumlichkeiten der Stadtverwaltung gestellt. Die Beantwortung ist als **Anlage** der Niederschrift beigelegt.

Frau Dr. Moede erklärt, dass sie nicht gefragt habe, ob es einen Fall in der Stadtverwaltung gegeben habe, sondern ob so etwas geschehen dürfe. Darauf sei in dem Antwortschreiben nicht eingegangen worden. Sie habe auch gefragt, ob Mitarbeiter Veranstaltungen organisieren und durchführen dürfen; dort gebe es durchaus Veranstaltungen, wo Menschen aufgrund ihres Geschlechts der Zutritt versperrt werde.

Vor 4 bis 5 Jahren habe die Gleichstellungsbeauftragte ein größeres Fest für Frauen im Peter-Rantzau-Haus geplant. Zu diesem Fest sei kein männlicher Pförtner zugelassen. Ihrer Auffassung nach könne es nicht angehen, dass

jemand nur aufgrund seines Geschlechts in seiner Berufsausübung eingeschränkt werde. In diesem Jahr habe sie gehört, dass auch der Bürgermeister zu diesem Frauenfest nicht erscheinen solle, weil er ein Mann sei.

- *Wird die Amtsführung dadurch beeinträchtigt, ob jemand ein Mann oder eine Frau sei?*
- *Ist dieses verfassungsrechtlich vereinbar?*
- *Muss bei einem Unfall auch die Krankenwagenbesetzung weiblich sein?*
- *Dürfen solche Veranstaltungen im Sinne der Verfassung organisiert und durchgeführt werden?*

Bürgermeister Sarach führt aus, dass die Gleichstellungsbeauftragte in Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig ist (§ 2 Abs. 3 Satz 3 Gemeindeordnung). Sie unterliegt der allgemeinen Dienstaufsicht ihres Dienstvorgesetzten, in ihrer Aufgabe als Gleichstellungsbeauftragte seiner fachlichen Weisung, aber nur bei rechtswidrigen Handeln.

Frau **Steinweg** stellt die nachfolgende Frage:

„Wie verhält sich die Stadtverordnetenversammlung zum Antrag der CDU-Fraktion, dass zukünftig geschützte Bäume auf Grundstücken auch dann gefällt werden dürfen, wenn keine der bisherigen Ausnahmen vom Fällverbot vorliegen?“

Bürgermeister Wilde erklärt, dass der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag zur Baumschutzsatzung noch nicht vorliegt. Sollte ein Antrag gestellt werden, wird dieser in der Stadtverordnetenversammlung beraten.

Frau Christa **Werner** erklärt, dass sie mit Frau Wahl 2008 den Verein „Bürger für Ahrensburg“ gegründet habe, der vor 2 Jahren aufgelöst worden sei. Die noch aus diesem ehemaligen Verein vorhandenen Mittel beabsichtigt sie für den Erwerb von 2 Kübeln für Bepflanzungen zu verwenden und diese Kübel in der Klaus-Groth-Straße zwischen Manfred-Samusch-Straße und Große Straße zu platzieren. Ziel ist, die Klaus-Groth-Straße mit den Blumenkübeln zu verschönern. Das Bauamt habe noch mehrere „Kübel“ vorrätig, die sie auch gern für diesen Zweck erwerben würde. Die Bepflanzung müsse jedoch durch die Stadt erfolgen. Bürgermeister Sarach greift die Anregung gern auf und wird die Kollegen aus dem Fachdienst IV.2 bitten, sich mit ihr in Verbindung zu setzen.

Zur Vergabe von Straßennamen erklärt sie, dass ihr Vater, Curt Förster, von 1947 bis 1949 Stadtdirektor bei der Stadt Ahrensburg war. 1949 erhielt Ahrensburg das Stadtrecht. Ihr Vater war danach in Ahrensburg bis 1954 Erster Stadtrat (vormals Stadtdirektor). Ihr Vater ist 1891 geboren und wäre in diesem Jahr 115 Jahre. Wenn irgendwann das Thema Straßennamen wieder aktuell ist, würde sie sich freuen, wenn er berücksichtigt wird. Bürgermeister Sarach erklärt, dass ihre Anregung bei zukünftigen Straßenbenennungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung aufgenommen wird.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Stadtverordneter Schmidt zieht den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Kündigung der Gestattungsverträge Nahwärmeversorgung Bogenstraße und Gartenholz“ zurück, da der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen von der Verwaltung in der Beschlussvorlage „Kündigung Nahwärmegestattungsvertrag Gartenholz/Bogenstraße Vorlagen-Nr. 2016/042“ übernommen worden ist. Diese Vorlage wird in der Stadtverordnetenversammlung öffentlich behandelt unter der Voraussetzung, dass keine vertragsrelevanten Angelegenheiten in öffentlicher Sitzung diskutiert werden.

Die Beratung der Tagesordnungspunkte „Ehrung eines Bürgerlichen Mitgliedes“ und „Fristverlängerung Kaufvertrag Lindenhof“ werden getauscht.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 07.07.2016 versandten Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung mit wie vor aufgeführten Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2016 vom 27.06.2016

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

– *siehe nicht öffentliche Anlage* –

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 13/2016

Der Finanzbericht Nr. 13/2016 ist als **Anlage** beigelegt.

Da vorübergehend die Notwendigkeit besteht, ein Kassenkredit aufzunehmen, wurde von den Stadtbetrieben ein Kassenkredit von ca. 3 Mio. € gewährt. Der Kassenkredit wird am 15.08.2016 zurückgezahlt werden. Ende August wird sich die Liquidität auf ca. 5,7 Mio. € belaufen.

7.2.2. Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben

Die Verwaltung teilt mit, dass gem. Bescheid des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein vom 05.07.2016 für die Deckenerneuerung L 91, Manhagener Allee, eine Zuwendung gem. FAG in Höhe von 193.900 € bei Gesamtkosten der Maßnahme von insgesamt 630.800 € gewährt wird.

7.2.3. Diverse Baumaßnahmen

Bürgermeister Sarach berichtet, dass 2 von 5 Container für Flüchtlinge am Kornkamp 17 aufgestellt und ab Ende August/Anfang September nutzbar sind.

Außerdem wird in den Sommerferien die Hausmeisterwohnung der Heimgartenschule für die beiden Hortgruppen der AWO umgebaut.

8. Fristverlängerung Kaufvertrag Lindenhof

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Bellizzi spricht sich im Namen der FDP-Fraktion gegen den Beschlussvorschlag aus. Es handele sich bereits um die 2. bzw. 3. Fristverlängerung. Es fehle die Courage etwas durchzuziehen, da relevante Einwendungen und Bedenken der Öffentlichkeit die Realisierung des Bauvorhabens behindern könnten. Projektträger und Bauverwaltung seien sich nicht sicher, dass das, was knapp beschlossen sei, auch tatsächlich Bestand habe. Man verlängere die Frist, weil keiner sich im Klaren sei, ob das Bauprojekt wie es vorgeschlagen sei, auch tatsächlich durchführbar sei. Stadtverordneter Bellizzi verlangt im Namen der FDP-Fraktion eine namentliche Abstimmung.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2016/083 zu (s. **Anlage**).

Abstimmungsergebnis:	16 dafür
	12 dagegen

9. Ehrung eines Bürgerlichen Mitgliedes

Das Bürgerliche Mitglied, Frau **Holers**, wird für ihre zehnjährige Tätigkeit als Stadtverordnete und Bürgerliches Mitglied für ihr Engagement für das Gemeinwohl der Stadt Ahrensburg geehrt. Sie war in zahlreichen Ausschüssen tätig. Sie ist ordentliches Mitglied im Sozial- und im Schulleiterwahlausschuss. Sie ist stellvertretendes Mitglied im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und im Umweltausschuss. Ihr Hauptaugenmerk liegt und lag aber immer beim Sozialausschuss, den sie als ordentliches Mitglied aktiv, konstruktiv und manchmal kritisch begleitet hat. Bürgervorsteher Wilde überreicht ihr im Namen der Stadtverordnetenversammlung eine Urkunde mit einem Präsent.

2015/034/4

**10. Vergabe eines Straßennamens für die Planstraße C im Gebiet Bebauungsplan Nr. 88
- Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2015/034/4 zu.

Abstimmungsergebnis: 27 dafür
2 dagegen

**11. Durchführung eines Oktoberfestes in den Jahren 2017 bis 2019
- Grundsatzbeschluss**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/053 zu.

Abstimmungsergebnis:	17 dafür
	12 dagegen

12. Aufstellung von Schulungscontainern auf dem Grundstück der Volkshochschule - Mehraufwand gem. § 95 d GO SH

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss hat in seiner Sitzung am 07.07.2016 um Prüfung bis zur Stadtverordnetenversammlung am 18.07.2016 gebeten, ob die Schulen Kurse umlegen können, um Räume für die Integrationskurse der Volkshochschule zur Verfügung zu stellen. Stadtverordneter Schubbert-von Hobe beantragt, nach Beantwortung durch Bürgermeister Sarach zwecks Beratung um Unterbrechung der Sitzung. Dem Antrag auf Unterbrechung der Sitzung wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Bürgermeister Sarach berichtet, dass die VHS von montags bis freitags für in erster Linie Integrationskurse ganztägig Schulungsräume benötigt. Dies gilt auch für die Ferienzeit. Entsprechend politischem Auftrag hat die Verwaltung Kontakt zu den Schulen aufgenommen und sich hierbei auf die weiterführenden Schulen beschränkt. Die Grundschulen wurden nicht angefragt, weil sie nicht über das geeignete Gestühl verfügen. In der Stormarnschule ist eine Bereitstellung von Räumen nicht möglich, weil diese erst ab 17:30 Uhr durch Fremdnutzer belegt werden dürfen, bereits in erheblichem Umfang durch andere VHS-Kurse belegt ist sowie durch den Musikschwerpunkt keine freie Kapazitäten mehr hat. Von der SLG sowie dem Schulzentrum Am Heimgarten sind Räume angeboten worden. In der SLG handelt es sich um die Räumlichkeiten im Oberstufenpavillon. Dieser Pavillon ist von der Größe her geeignet. Die Räumlichkeiten können separat genutzt werden. Dies gilt nicht für das Schulzentrum Am Heimgarten. Diese Räume können außerdem nicht während der Ferienzeiten zur Verfügung gestellt werden. Insofern können auf 2 Räumlichkeiten der SLG ab 16.30 Uhr zurückgegriffen werden, wo 2 Kurse durchgeführt werden können. Seit Erstellung der Vorlage 2016/078 sind weitere Anmeldungen für Integrationskurse bei der VHS eingegangen, so dass sich aktuell ein zusätzlicher Bedarf für noch 2 weitere Räume ergibt.

Nach Unterbrechung der Sitzung erklärt Stadtverordnete Unger von der SPD-Fraktion, dass die Vorlage über die Aufstellung von Schulungscontainern auf dem Grundstück der Volkshochschule vom 23.06.2016 datiert sei. Die erste Beratung im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss fand am 07.07.2016 statt, die Kurse sollten am 01.08.2016 starten. Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss hatte in seiner Sitzung am 07.07.2016 gebeten, zu prüfen, ob nicht weitere Möglichkeiten zur Unterbringung der Integrationskurse bestehen würden, bevor Container auf dem Grundstück der Volkshochschule vor dem Bürgermeisterhaus aufgestellt werden. Bei den zahlreichen Anmeldungen für die Integrationskurse hätte sich der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss gewünscht, hiervon früher zu erfahren.

Stadtverordnete Hengstler von der CDU-Fraktion stellt ausdrücklich fest, dass man sich fraktionsübergreifend einig sei, dass die Integrationsmaßnahmen so zügig wie möglich durchgeführt werden. Sie dankt für die Bereitstellung von 2 Räumen in der SLG zur Nutzung für die Durchführung der Integrationskurse. Sie plädiert jedoch dafür, dass die Verwaltung weitere Möglichkeiten zur Unterbringung der Integrationskurse bis Ende der Sommerpause prüfe, z. B. in Räumen der VHS bedingt durch den Umzug einiger Kurse in das Pastorat Johannes. Sie empfiehlt die 2 Räume in der SLG zum 01.08.2016 bereitzustellen und zu nutzen. Der Bau der weiteren 2 Container sollte so lange zurückgestellt werden, bis auch weitere Möglichkeiten gefunden worden seien. Dass bereits Containermaßnahmen wie Baumfällung und Erdaushebungen auf dem Gelände der Volkshochschule erfolgen, sei nicht bekannt gewesen. Auf Nachfrage sei ihr mitgeteilt worden, dass der Container für die neue Volkshochschulleitung bestimmt sei. Sie bittet um Prüfung der Erforderlichkeit, zumal es immer eine Volkshochschulleitung gab und es zumutbar sei, dass der neue Leiter das bisherige Büro übernehme. Sie hätte sich gewünscht, diesen Tatbestand in einer Ausschusssitzung zu erfahren. Stadtverordnete Hengstler bittet um Beantwortung nachfolgender Frage:

- *Wer befürwortete, beantragte, beschloss und bezahlte den Bau des jetzt bereits dort entstehenden Containers?*

Die Beantwortung der Anfrage ist in der nicht öffentlichen Anlage zu dieser Niederschrift erfolgt.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe von Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass trotz der engen Terminierung von 1 Woche die Verwaltung bereits Räume präsentieren konnte. Er plädiert dafür, der Verwaltung noch einmal Zeit zu geben, um ggf. weitere Räumlichkeiten zu finden. Er kritisiert die enge Terminierung im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss, zumal das Problem länger bekannt gewesen sei.

Bürgermeister Sarach führt aus, dass die freiwerdenden Räume in der SLG durch den Umzug der Freundeskreise für Flüchtlinge in das Pastorat Johannes bedingt sind, dies war zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage nicht bekannt. Durch „Rotationsmöglichkeiten“ in den Nutzungen der Büros in der VHS ist es möglich gewesen, die Sozialberatung – u.a. zuständig für Dolmetscher-, Betreuungs- und Begleitungsleistungen – in der VHS zu integrieren, die damit einen engen Kontakt zu denjenigen hätten, die eine Schulung durchführen. Das Pastorat Johannes stehe nicht mit weiteren Räumen zur Verfügung. Er geht davon aus, dass weitere Räumlichkeiten ganztagig auch bei den Schulen nicht offeriert werden.

Stadtverordnete Brandt von der CDU-Fraktion erklärt, dass bereits am 14. Juni 2016 im Sozialausschuss der Freundeskreis für Flüchtlinge mitgeteilt habe, dass Räumlichkeiten für Integrationskurse benötigt werden und in diesem Zusammenhang bereits andere Räumlichkeiten in Betracht gezogen worden seien. Sie verweist auf eine mangelnde Kommunikation.

Stadtverordneter Holzmann von der WAB-Fraktion bittet um Beantwortung nachfolgender Fragen:

- *Finden die Kurse morgens, mittags, abends oder ganztags statt?*
- *Auf welcher Grundlage wurden die Container für die Verwaltung aufgestellt?*
- *Warum müssen weiterhin sämtliche Container aufgestellt werden?*

Stadtverordneter Bellizzi regt im Namen der FDP-Fraktion die Kontaktaufnahme bezüglich der Bereitstellung von Räumen mit kirchlichen Organisationen, Vereinen und Verbänden, ggf. auch gegen eine geringe Entschädigung, an. Da viele Informationen seiner Auffassung nach heute nicht zur Verfügung stehen, würde er dem Vorschlag der Stadtverordneten Hengstler folgen, die Räume, die zur Verfügung stehen, in Anspruch zu nehmen und weitere Räume auch außerhalb des Schulbetriebes zu suchen.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Finanzierung der Container durch Bundesmittel erfolge und nicht durch die Stadt Ahrensburg. Bisher ist lediglich die Aufstellung für 2 Jahre vorgesehen. Für diesen Zeitraum stehen Mittel zur Verfügung. Abgesehen von der Optik dürfe es kein Widerspruch geben.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Dähnhardt und Unger.

Stadtverordneter Proske von der SPD-Fraktion beantragt nach Ende der Rednerliste eine weitere Unterbrechung der Sitzung und plädiert dafür, die von den Stadtverordneten offenen Fragen zu klären. Dem Antrag auf Unterbrechung der Sitzung wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Stadtverordneter Hansen weist im Namen von Bündnis 90/Die Grünen anhand eines Beispiels auf den erheblichen Mangel eines Angebots an den unbedingt erforderlichen Integrationskursen auch im Umfeld von Ahrensburg hin.

Bürgermeister Sarach erklärt nach weiteren Wortbeiträgen durch Stadtverordnete Hengstler und Unger zum Ausweichen auf andere Räume, dass es vom Bundesamt vorgeschriebene Standards über die Ausstattung der Räume für Integrationskurse gibt.

Nach Unterbrechung der Sitzung erklärt Stadtverordneter Eckert von der SPD-Fraktion, dass man an einem breiten Konsens interessiert sei und es keinerlei Zeitverzögerung bei den Integrationskursen geben dürfe. Es sei nach Rücksprache mit der VHS zwingend erforderlich, dass sofort die 4 Kurse starten. Die Flüchtlinge seien zeitnah auf die Integrationskurse angewiesen, da sie einen Nachweis für ihr Asylverfahren benötigen würden.

Anschließend wird fraktionsübergreifend von der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der WAB-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion nachfolgender Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. 2 Räume in der SLG werden zum 01.08.2016 bereitgestellt und genutzt.*
- 2. 2 Container werden auf dem Gelände der VHS aufgestellt und zum 01.08.2016 genutzt.*
- 3. Die Sommerpause wird zur Akquise weiterer Räumlichkeiten jeder passenden Art genutzt.“*

Über diesen Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	27 dafür
	1 Enthaltung

13. Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum Wohnbestand in Ahrensburg

Bürgermeister Sarach beantwortet die von Bündnis 90/Die Grünen gestellte Anfrage zum Wohnbestand in Ahrensburg (AF/2016/008) (s. **Anlage**).

Stadtverordneter Hansen bedankt sich für die zügige Beantwortung der Anfrage.

14. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen "Kündigung der Gestattungsverträge Nahwärmeversorgung Bogenstraße und Gartenholz" (AN 045/2016)

Der Antrag wird von Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen im Hinblick auf die von der Verwaltung erstellte Vorlage „Kündigung Nahwärmegestattungsvertrag Gartenholz/Bogenstraße“ mit einer Übernahme des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen (Vorlagen-Nr. 2016/042/siehe auch Ausführungen unter „Festsetzung der Tagesordnung“).

15. Kündigung Nahwärmegestattungsvertrag Gartenholz/Bogenstraße

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Stukenberg erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass die FDP-Fraktion der Kündigung der Verträge nicht zustimmen werde. Es fehle eine grundsätzliche Entscheidung, dass die Stadt auch in Richtung Fernwärme aktiv werden will. Eine Übernahme habe keine Vorteile weder für die Umwelt noch für die Bürger. Die Anlagen würden so wie sie untersucht werden auch weiter betrieben. Es bestehe jedoch ein Risiko für den städtischen Haushalt. Bei Übernahme durch die Stadt würden durch eine weitere Neuverschuldung diese Mittel nicht für andere wichtige Maßnahmen, wie z. B. Sanierung von Straßen, zur Verfügung stehen.

Stadtverordneter Levenhagen führt im Namen der CDU-Fraktion aus, dass diese dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, da den Menschen, die dort wohnen, die Übernahme nutze und diese auch befürworten. Die CDU-Fraktion sieht kein Risiko in der Übernahme durch die Stadtwerke, die diese auch finanzieren.

Stadtverordneter Stukenberg führt im Namen der FDP-Fraktion aus, dass gerichtlich nachprüfbar sei, dass „Stadt“ sowie die Stadtwerke als wirtschaftliche Einheit gesehen werden. Letztendlich sei es dahingestellt, ob die Stadtwerke oder die „Stadt“ einen weiteren Kredit zur Finanzierung aufnehmen. Die Stadt muss letztendlich für die Schulden aufkommen. Dies gelte auch für Kapitalerhöhungen, die dann von der Stadt aufgebracht werden müssten. Da die wirtschaftliche Lage der Stadt Ahrensburg im Gutachten nicht mit betrachtet worden sei, sind diese Aspekte im Gutachten nicht mit aufgeführt.

Stadtverordneter Schmidt von Bündnis 90/Die Grünen sieht zwar Risiken, jedoch ist seiner Auffassung nach, dass Gewinnpotential bei einer Übernahme größer als das Risiko.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

**26 dafür
2 dagegen**

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin